

## Kommentar



**Kerstin Münstermann**  
zum möglichen U-Ausschuss  
in der Cum-Ex-Affäre

## Bitte kein politisches Schauspiel

Ein Untersuchungsausschuss, sagte einst der ehemalige Außenminister Joschka Fischer, „ist erstens ein Kampfinstrument, zweitens ein Kampfinstrument und drittens ein Kampfinstrument.“ Der Grünen-Politiker wusste, wovon er sprach – der Untersuchungsausschuss im Bundestag zur damaligen Visa-Praxis des Auswärtigen Amtes setzte dem Minister politisch zu.

Das schärfste Schwert der Opposition, also die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, kann zur Aufklärung eines Sachverhalts durchaus etwas beitragen. Oder es geht um das Erreichen eines politischen Ziels, nämlich der Schwächung des Gegners. Eine Strategie, die erlaubt und gängig ist. Ob sie jedoch immer sinnvoll ist? Den möglichen Untersuchungsausschuss zur Warburg-Affäre, den die Union als größte Oppositionsfraktion in dieser Woche erstmals am Donnerstag im Bundestag beraten will, ist in erster Linie eine Kampfansage an Olaf Scholz.

Um was geht es konkret? Die Hamburger Steuerverwaltung verzichtete 2016 auf millionenschwere Rückzahlungen von Steuern, die sich die Warburg-Bank unrechtmäßig mit sogenannten Cum-Ex-Geschäften hatte erstatten lassen. Der Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft geht seit gut zweieinhalb Jahren der Frage nach, ob Scholz als damaliger Erster Bürgermeister der Hansestadt Einfluss auf die Entscheidung nahm. Scholz hatte Treffen mit dem früheren Warburg-Chef Christian Olearius sukzessive eingeräumt, eine Einflussnahme auf den Steuerfall aber stoisch zurückgewiesen – auch wenn er sich nach eigenen Angaben gar nicht mehr an die Gespräche erinnern kann.

Keine Frage: Scholz sieht in der Affäre nicht gut aus. Sich angeblich nicht erinnern zu können, ist grundsätzlich die schlechteste aller Ausreden. Der Kanzler hat es bisher versäumt, aktiv zur Aufklärung des Skandals beizutragen. Allerdings stellt sich die Frage, was ein Untersuchungsausschuss im Bundestag bringen soll, wenn doch bei den Untersuchungen der Hamburger Bürgerschaft seit Jahren kein Beweis für eine politische Einflussnahme erbracht werden konnte. Ein mit viel Aufwand verbundener Untersuchungsausschuss muss neben politischer Taktik auch immer das Ziel haben, tatsächlich mehr ans Tageslicht zu bringen, als bislang schon bekannt ist. CDU und CSU sollten also viel Wert darauf legen, welche Zeugen sie zu welchem Sachverhalt vernahmen wollen oder welche Dokumente genauer geprüft werden sollen. Denn von bloßem Polittheater haben die meisten Wähler die Nase voll.

E-Mail: kerstin.muenstermann@rhein-zeitung.net

## Presseschau

**Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) drückt beim Ausbau des Autobahnnetzes in Deutschland aufs Gaspedal. Die Länder sollen bis Ende April zustimmen.**

## Nürnberger Nachrichten

Und was kündigt das Wissing-Resort nach der folgenlosen Rüge durch das Bundesverfassungsgericht aus dem Jahr 2021 an? Genau: Vorfahrt für den Autobahnausbau. 998 Kilometer – 7,5 Prozent des Bestandes immerhin – sollen neu hinzukommen. Begründung: um Staus zu verhindern. Dass Planer lange schon warnen: Wer Straßen baut, wird Verkehr ernen – Klima-Geisterfahrer Wissing ignoriert auch dies.



Die Berliner Polizei richtet sich auf Blockaden der Letzten Generation ein, die von der Gruppe ab heute für eine unbestimmte Zeit angekündigt wurden. Rund 800 Klimaaktivisten sollen sich bislang dafür angemeldet haben. Das finden selbst die Grünen „kontraproduktiv“.

Foto: Jörg Carstensen/dpa

# Letzte Generation legt Berlin lahm

Aktivisten planen unbefristeten Protest zur Durchsetzung ihrer Klimaziele – Politik reagiert scharf

■ Berlin. Hunderte Aktivisten der Gruppe Letzte Generation wollen Berlin auf unbestimmte Zeit lahmlegen, um ihre Forderungen nach einer radikalen Klimawende durchzusetzen. Von Mittwoch an seien zunächst Störungen und Blockaden im Regierungsviertel geplant, ab Montag dann in der ganzen Hauptstadt, erklärte die Gruppe. Sie riet Autofahrern zum Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr, um Staus zu entgehen. Die Gewerkschaft der Polizei und die CDU kritisierten die Gruppe scharf. Auch die Grünen sind auf Distanz.

Die Letzte Generation hatte sich 2021 nach einem Hungerstreik gegründet und blockiert seit Anfang 2022 immer wieder den Verkehr. Meist kleben sich die Teilnehmer fest. Autofahrer reagieren oft wütend, in einzelnen Fällen gingen sie auf Aktivisten los oder zerrten sie von der Fahrbahn. Hunderte Gerichtsverfahren laufen wegen Nötigung und anderer Delikte. Laut Umfragen lehnt eine Mehrheit die Protestformen der Gruppe ab, auch die Klimabewegung Fridays for Future äußerte daran Kritik.

Die Letzte Generation selbst geht dennoch von großem Rückhalt aus. Sie fordert einen Gesellschaftsrat mit 160 gelosten Mitgliedern, der das Ende der Nutzung von fossilen Brennstoffen wie Öl, Kohle oder Gas in Deutschland bis 2030 planen

soll. Wissenschaftler und Politiker sind skeptisch, ob dies so schnell möglich ist. Nötig wäre zum Beispiel das Aus aller Autos mit Verbrenner, aller Gas- und Ölheizungen und aller Gas- und Kohlekraftwerke binnen sieben Jahren.

Zu den geplanten Protesten in Berlin sagte Sprecherin Carla Hinrichs am Dienstag: „Wir werden die Stadt friedlich zum Innehalten bringen.“ Was genau wo und wie geplant ist, hält die Gruppe üblicherweise geheim, zumal die Polizei strikt gegen die illegalen Aktionen vorgeht. Hinrichs bestätigte, dass der Protest unbefristet geplant sei. Die Regierung könne die Blockaden stoppen, wenn sie den Gesellschaftsrat einsetze oder einen Plan zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels vorlege. Gemeint ist eine globale Erwärmung von nicht mehr als 1,5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit.

Eine Sprecherin der Berliner Polizei sagte auf Anfrage, man richte sich auf die Blockaden ein, könne aber keine Details zur Einsatzplanung oder zu den erwarteten Orten nennen. Die Polizei hatte in den vergangenen Monaten Mühe, der Blockaden Herr zu werden. Möglich sind in Berlin bis zu 48 Stunden Präventivgewahrsam. Meist werden Ermittlungsverfahren eingeleitet und an die Justiz übergeben. Nach Angaben der Gewerkschaft

der Polizei (GdP) gab es bisher knapp 3000 Ermittlungsverfahren und 800 Verdächtige. Die Polizei setzte rund 300 000 Arbeitsstunden ein. Die GdP warf den Demonstranten „Guerilla-Aktionen“ und „extremistisches Gedankengut“ vor. Alle Aktivisten seien sich bewusst, dass sie im Gefängnis landen könnten, sagte Hinrichs. Kritik kontierte sie mit den Worten: „Wir sind Bürgerinnen, die sich zusammengeschlossen haben, um Widerstand zu leisten gegen eine Regierung, die gerade unsere Verfassung bricht.“ In der Bundespolitik ist kein Wille erkennbar, auf die Forderungen einzugehen.

Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge kritisierte die Aktionen. Im Gegensatz zu Fridays for Future, die etwa in Lützerath gegen den Braunkohletagebau protestiert hätten, richte die Letzte Generation ihre Proteste nicht gegen die Verursacher der besorgniserregenden Klimakrise. „Proteste, wie die Letzte Generation sie macht, wo sie im Endeffekt den normalen Menschen in ihrem Alltag auf die Nerven gehen, sie behindern, das hat mit Ursache und Wirkung nicht viel zu tun. Das verstehen die Leute auch nicht, und das ist aus meiner Sicht am Ende kontraproduktiv.“

Der CDU-Parteivorsitzende Friedrich Merz kritisierte die geplanten Aktionen in Berlin scharf.

In diesem Land dürfe jeder protestieren und demonstrieren, das sei Teil unserer Freiheit. „Aber dieser Teil unserer Freiheit endet da, wo pure Gewalt ausgeübt wird“, sagte er am Dienstag und appellierte an die Polizei, „alles zu unternehmen, um es nicht zu solchen Zwischenfällen kommen zu lassen, wie wir sie hier schon vor einiger Zeit gesehen haben“.

Der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, forderte zudem schärfere Gesetze und härtere Strafen. Gefängnisstrafen sollten öfter ausgesprochen werden und „auch eine Ingewahrsamnahme im Vorfeld solcher Straftaten muss möglich sein, um zu verhindern, dass ein solches Vorgehen weiterhin Blüten treibt“, sagte er. CDU-Generalsekretär Mario Czaja nannte die Letzte Generation im Deutschlandfunk „Extremisten“, die Bürger in Geiselschaft nähmen und mit Gewalt ihre Positionen durchsetzen wollten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht jedoch keinen Beleg für Extremismus bei der Letzten Generation. Die Aktivisten begingen Straftaten, die geahndet werden müssten, sagte Präsident Thomas Haldenwang Ende März. Die Grundhaltung der Gruppe sei jedoch, auf aktive Gewalt zu verzichten.

Martina Herzog,  
Verena Schmitt-Roschmann

## Leserbriefe

Rhein-Zeitung  
Leserbriefe  
56055 Koblenz  
Fax: 0261/892-122  
leserbriefe@rhein-zeitung.net

Im Missbrauchsfall will das Bistum Trier jetzt das Doppelleben des Priesters Dillinger aufarbeiten.

## „Erschüttert über Gottesdiener“

Ich bin auch erschüttert von dem, was bisher von den „Gottesdienern“ bekannt wurde. Sicher ist aber noch nicht die Spitze dieses abscheulichen Handelns erreicht. Jetzt wird es höchste Zeit, dass die „Aufklärer“, deren Hauptziel Zeitgewinn und Vertuschung zu sein scheint, den bekannten Tritt in den Hintern bekommen. Diese dekorierten Versager, ob Professor, Minister oder Bischof, haben es meines Erachtens verdient, fristlos und ohne staatliche Bezüge oder Pensionen aus ihren Ämtern entfernt zu werden. Der Ersatz sollte aber nicht aus der Politik oder aus Rom kommen. Die Politik sollte den aktuellen Anlass aufgreifen und Staat und Kirche streng voneinander trennen. Dann müssen wir Steuerzahler wenigstens nicht weiter für die Gehälter und Pensionen der Kirchenfürsten aufkommen.

Hartmut Bössen, Bassenheim

## „Belehrung lenkt vom Täter ab“

Herr Robbers hat sich als Vorsitzender der Aufarbeitungskommission absolut disqualifiziert. Hat er den Aufklärungswillen von Herrn Steffen Dillinger unterschätzt und in „bekannter katholischer Manier“ abwimmeln wollen? Meines Erachtens ja. Die juristische „Belehrung“ von Herrn Dillinger durch Herrn Robbers ist unerträglich und lenkt völlig vom Täter ab.

Werner Hoffmann,  
Höhr-Grenzhausen

Bayerns Ministerpräsident Söder will einen bayerischen Alleingang in Sachen Kernkraft.

## „Atommüll in Bayern lagern“

Auf Söders Populismus gibt es eigentlich nur eine einzige ausgeklügelte Antwort: Eine Mehrheit wird dafür organisiert, den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken in die Verantwortung der Länder zu übertragen, und Söder garantiert bindend und verpflichtend, dass als Endlager für allen deutschen Atommüll nur Bayern infrage kommt.

Siegfried Kowallek, Neuwied

## Impressum

**Rhein-Zeitung**  
und ihre Heimatausgaben

Herausgeber und Verlag:  
Mittelrhein-Verlag GmbH, Koblenz  
Verleger: Waltherpeter Twer  
Geschäftsführer: Thomas Regge

Chefredakteur: Lars Hennemann.  
Stellvertretender Chefredakteur: Thomas Haag.  
Mitglieder der Chefredaktion: Nina Borowski, Maximilian Eckhardt (beide Digitales), Dirk Kurz (Redaktionsmanagement).

Leitende Redakteure: Themenmanagement: Tim Kosmetschke, Anke Mersmann. Lokales: Markus Gerhold. Chef vom Dienst: Jörg Peter Herrmann.

Zentralredaktion: Nachrichten und Produktion: Birgit Piel (Ltg.), Dr. Jörg Hilpert, Kathrin Hohberger, Stefanie Lanzeth. Reporter: Dirk Eberz, Christian Kunst, Johannes Mario Löh, Cordula Sailer. Landeskorrespondent: Bastian Hauck. Kultur: Claus Ambrosius (Ltg.), Stefan Schalles. Sport: Jochen Dick (Ltg.), Alessandro Fogolin, Klaus Reimann, Sven Sabock. Sonderaufgaben: Angela Kauer-Schöneich, Petra Mix, Regina Theunissen.

Digitalredaktion: Maurice Brüseke, Lukas Erbeling, Fabian Herbst, Finn Holitzka, Kevin Rühle, Niels Stern, Fabian Strunk, Svenja Wolf. Creative Director: Jens Weber. Webmaster: Thorsten Schneiders.

Wir beziehen die Nachrichtenagenturen dpa und epd.

Kontakt zur Zentralredaktion: Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz, Tel. (0261) 9836-5000, Fax (0261) 892-770. E-Mail: redaktion@rhein-zeitung.net

Mittelrhein-Verlag, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz (zugleich ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Tel. (0261) 892-00, Fax (0261) 892-770, Internet: www.rhein-zeitung.de

Anzeigen: rz-Media GmbH, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz. Geschäftsführung: Evangelos Botinos

Druck: Industrie Dienstleistungsgesellschaft mbH, 56055 Koblenz, Geschäftsführer: Dr. Ulrike Schröder

Zum Druck verwenden wir Recycling-Papier mit einer Altpapierquote von mindestens 70 Prozent

## Gegen den Strich von Jürgen Tomicek



Kirchlicher Sumpf